

## Roboter statt Journalis SDA-Sportredaktion vor dem Aus

Die Nachrichtenagentur SDA beliefert die Schweiz auch mit Sport-News. Der Medienkonzern Tamedia findet nun: Ein Roboter soll übernehmen.

PATRICIA D'INCAU

Gerade erst hat die Nachrichtenagentur SDA jede vierte Stelle gestrichen (work berichtete: [rebrand.ly/sda-jobs](http://rebrand.ly/sda-jobs)). Jetzt platzt schon die nächste Bombe: Die Sportredaktion steht auf der Kippe, 26 Stellen sind bedroht. Der Grund: Der Zürcher Medienkonzern Tamedia will ab nächstem Jahr keine Sportnachrichten mehr bei der SDA einkaufen. Die Redaktionen («Tages-Anzeiger», «Bund», «Basler Zeitung» usw.) sollen ihre Sportseiten künftig alleine füllen – mit der Hilfe eines Roboters.

**ROBOTER.** «Tadam» heisst das Programm, das nun die Arbeit der Journalistinnen und Journalisten ersetzen soll. Der Roboter durchsucht das Internet automatisch nach Sportresultaten und liefert diese an die Redaktionen. Die meisten Meldungen müssen dort noch immer von Menschen geschrieben werden, dennoch findet die Tamedia-

### «Tamedia hat uns im Würgegriff.»

SEBASTIAN GÄNGER, SDA-JOURNALIST

Einordnungen und Hintergründe. Das alles kann ein Roboter nicht.»

Die Entscheidung, den Sportdienst zu künden, haben die Tamedia-Redaktionen offenbar auch nicht ganz freiwillig getroffen. Wie die Basler «Tageswoche» berichtet, wurde den Verantwortlichen eiskalt gedroht: Wenn sie den SDA-Dienst behielten, müssten sie selber fünf Vollzeitstellen streichen. Für Gewerkschafter Geissbühler ist klar: «Der Konzern will vor allem eines: sparen.»

**ALARMIERT.** Für die krisengebeutelte SDA ist das ein schwerer Schlag. Erst vor kurzem hat sie mit der Bildagentur Keystone fusioniert, die Neuorganisation läuft. Mit Tamedia verliert das Unternehmen nun seine grösste Kundin im Bereich Sport – und Einnahmen von 1,7 Millionen Franken.

Was auf die Angestellten zukommt, ist unklar. «Wir sind alarmiert!» sagt SDA-Journalist Sebastian Gänger. Er ist Mitglied der Redaktionskommission. An einer Krisensitzung habe die Geschäftsleitung durchblicken lassen: Alles ist möglich – vom Erhalt der Sportredaktion bis hin zur Kündigung der Belegschaft. Gänger sagt: «Tamedia hat uns im Würgegriff.»

Entscheidend ist nun, wie der SDA-Verwaltungsrat auf die Tamedia-Kündigung reagiert. Er will sich Mitte September treffen.



### GAV MEM: Innovation und Sicherheit

Der neue Gesamtarbeitsvertrag der MEM-Industrie ist seit Juli in Kraft. Er bringt viele Verbesserungen für rund 100 000 Angestellte. Welche genau? Unser Film informiert.

[www.unia.ch/mem-film](http://www.unia.ch/mem-film)



AUF JOBSUCHE: Rund 14 Millionen Menschen in Europa sind arbeitslos. FOTO: GETTY

## Unia-Ökonomen lancieren einen brisanten Vorschlag gegen die Massenarbeitslosigkeit in Europa

# Mehr Jobs statt noch mehr Profit

### Millionen in der EU sind ohne Arbeit. Das darf nicht sein, finden die Unia-Ökonomen Beat Baumann und Christoph Bucheli. Und fordern von den Konzernen, mehr Stellen zu schaffen.

RALPH HUG

Was ist Europas grösstes Problem? Die Flüchtlinge? Der Aufstieg der Rechtspopulisten? Das heisse Wetter? Einstürzende Autobahnbrücken? Nichts von alledem. Unia-Ökonom Beat Baumann sagt klipp und klar: «Es ist die Arbeitslosigkeit.» Rund 14 Millionen Menschen sind auf der Suche nach Arbeit und finden keine. Sie müssen untendurch, sind ab-



KLIPP UND KLAR: Für Beat Baumann (links) und Christoph Bucheli ist die Arbeitslosigkeit Europas grösstes Problem. FOTOS: ZVG, NS

hängig vom Staat und versinken oft in Depression. Doch diese Tatsache findet politisch keinen Niederschlag. Im Gegenteil, die Medien jubeln, es herrsche «nahezu Vollbeschäftigung». Und sie nehmen geschönte Arbeitslosenzahlen für bare Münze. Auch in der Schweiz. Zum Beispiel aus dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco): In Wahrheit sind bei uns nicht 2,4 Prozent erwerbslos, wie das Seco angibt, sondern doppelt so viele. work berichtete über diesen «Zahlen-Bschiess».

### IN JOBS INVESTIEREN

Schönmalerei nützt den Arbeitslosen nichts. Ihnen würde es mehr bringen, wenn die Konzerne endlich wieder investieren und mehr Jobs schaffen würden, anstatt ihre hohen Gewinne in die Taschen

von Managern und Aktionären umzuleiten. Das ist die Grundidee von Beat Baumann und Christoph Bucheli, beide Ökonomen in der Unia-Zentrale in Bern. Sie haben die Idee einer «Europäischen Beschäftigungsvorgabe» kreiert (EBV, siehe Box). Hat dieses Kürzel gar das Potential, zu einer neuen Leitidee der Linken zu werden? Ein epochales Ziel, für das sich viele Leute über die Parteigrenzen hinweg engagieren könnten? Baumann und Bucheli sehen gute Chancen. Vollbeschäftigung sei einmal das grosse Thema der Arbeiterbewegung gewesen. Noch in den 1970er Jahren sei es das selbstverständliche Ziel jeder Wirtschaftspolitik gewesen.

### MEHR ALS EIN FROMMER WUNSCH

Doch dann verschwand das Wort still und leise aus dem politischen Vokabular. Heute gilt Vollbeschäftigung meist nur noch als «frommer Wunsch» von Theoretikerinnen und Theoretikern, die sich am Schreibtisch eine bessere Welt zusammensammeln. Baumann und Bucheli sind aber überzeugt, dass es immer noch möglich sei, allen eine Arbeit zu verschaffen. Nach ihren Berechnungen müssten in der EU zwölf Millionen neue Stellen geschaffen werden. Dann wäre die Arbeitslosigkeit unter die Zwei-Prozent-Schwelle gedrückt, und man könnte wirklich von Vollbeschäftigung sprechen. Mit der Beschäftigungsvorgabe wären die Konzerne gezwungen, ihren Stellenbestand um 35 Prozent zu erhöhen.

### ZEIT DES UMBRUCHS

Ist es nicht eine reine Utopie zu glauben, dass EU-Kommissionspräsident Jean-

### Die Konzerne sollen ihren Stellenbestand um 35 Prozent erhöhen.

ben in Zeiten des Umbruchs. Vieles ist plötzlich möglich, was vorher undenkbar erschien.» Auch die EU werde sozialer. Wichtig ist ihm, dass es wieder eine gewerkschaftliche Vision gibt. Eine Alternative zu Abschottungsideen oder einem bedingungslosen Grundeinkommen, von dem niemand weiss, wie es herauskäme.

### Die EBV: Investition in Jobs

Die «Europäische Beschäftigungsvorgabe» (EBV) nimmt die Konzerne in die Pflicht. Sie will Firmen mit über 250 Mitarbeitenden dazu bringen, mehr Stellen zu schaffen. Und zwar so:

- Die EU-Kommission setzt Vollbeschäftigung als Ziel. Die Arbeitslosigkeit darf nicht mehr als 2 Prozent betragen.
- Die Konzerne erhalten eine Vorgabe, um wie viel Prozent sie die Anzahl der Stellen und die Personalausgaben erhöhen müssen.
- Diese Vorgabe wird jährlich so lange wiederholt, bis das Ziel von höchstens 2 Prozent Arbeitslosigkeit erreicht ist.
- Die Konzerne können entweder die Arbeitszeit reduzieren und die Arbeit auf mehr Leute verteilen. Oder investieren und mehr Jobs schaffen. Beides kann auch kombiniert werden.
- Die Konzernleitungen verhandeln mit den Betriebsräten über die Umsetzung der Vorgabe. (rh)

Das Konzept der EBV ist in einer Kurz- und einer Langfassung erhältlich bei [ebv@unia.ch](mailto:ebv@unia.ch).

Baumann: «Wir wollen die Diskussion auf die sozialen Probleme lenken.» Einen Anfang haben die beiden Unia-Fachleute gemacht. Jetzt wollen sie ihre Idee bei den internationalen Gewerkschaftsverbänden einspeisen. Denn eine Beschäftigungsvorgabe ergebe wegen der drohenden Abwanderung von Firmen nur auf EU-Ebene Sinn.

### AUCH DER SCHWEIZ NÜTZT'S

Laut Baumann würde sie auch den Arbeitnehmenden im Nicht-EU-Land Schweiz etwas bringen. Jede zehnte Stelle hierzulande stammt von einem multinationalen Konzern mit Sitz im Ausland. Die Schweiz würde sich freiwillig einer Beschäftigungsvorgabe anschliessen, so die Erwartung. Denn dadurch würde verhindert, dass Stellen in die EU verlagert würden. Baumann sieht auch positive Effekte bei der Migration innerhalb von Europa: «Wenn es Vollbeschäftigung gibt, dann bedeutet dies, dass die Menschen in ihrem Land Arbeit finden und nicht auswandern müssen.»